

Ein Panzerübungsplatz in den Gemeinden Crombach und Thommen? (1. Teil)

Johann Wiesemes

Belgien hatte 1971 den Abzug zweier Brigaden seiner Streitkräfte aus der Bundesrepublik beschlossen. Diese Einheiten mussten nun irgendwo im Mutterland untergebracht werden, ein Vorhaben, das aber beileibe nicht überall auf Zustimmung stieß. Als Standort war u.a. Vielsalm vorgesehen. Und ausgerechnet in dieser Gegend regte sich der erste Widerstand gegen dieses Vorhaben. Es waren also vorerst (noch) nicht die deutschsprachigen Gemeinden, die ihre Stimme gegen dieses Projekt erhoben. Im Verlauf der nachfolgenden Monate sollte sich aber auch dieses grundlegend ändern. Es lohnt sich aber, etwas näher auf die Proteste einzugehen, die vom Kanton Vielsalm ausgingen.

„Streit um Errichtung eines Militärstützpunktes bei Vielsalm“

Unter dieser Überschrift veröffentlichte das Grenz-Echo am 29. Januar 1972 einen Artikel, der sich eingehend mit dieser Angelegenheit befasste. „(...) Nicht weniger als 3.654 Unterschriften¹ wurden für eine Petition gesammelt, wie amtlich durch einen Gerichtsvollzieher festgestellt wurde. Urheber dieser Protestaktion ist das ‚Groupement d'Expansion et de sauvegarde de la région de Grand-Halleux, Vielsalm, Gouvy‘. (...) Bei den Unterzeichnern der Protestaktion handelt es sich ausschließlich um Wahlberechtigte. Sie stellen über die Hälfte der Wählerschaft des Gebietes dar. (...) Zunächst wird bedauert, dass die Planung erfolgte, ohne die betroffene Bevölkerung vorher zu befragen. Die zur Verwirklichung des Vorhabens notwendigen Arbeiten (weitläufige Abholzungen, Bauten usw.) würden besonders attraktive Landschaften zerstören und die Umwelt unwiderruflich verändern. Man empört sich gegen die Leichtfertigkeit, mit der die radikale Zerstörung der Natur hingenommen wird, und dies im Jahr nach demjenigen, das man dem Respekt und dem Schutz der Natur gewidmet hat. Die Petition warnt auch vor den langfristigen Folgen dieses Vorhabens, das nicht mit einer wirklichen Entwicklungspolitik dieser Regierung in Einklang zu bringen ist. Andererseits empört man sich gegen Lösungen, welche das Verschwinden oder die Beschneidung produktiver Weidelandbetriebe zur Folge haben würde.“ Das Panzerübungsgelände sollte nun auch

große Teile des „Grand-Bois“ umfassen, einem Waldbezirk, der bei der Forstverwaltung - und darüber hinaus - einen besonderen Ruf genießt und als sakrosankt und damit als unantastbar gilt: Der Widerstand der Forstverwaltung war also vorprogrammiert. Zusammen mit der vorhin beschriebenen Protestaktion dürfte dieses dann auch den Ausschlag für eine Änderung des ursprünglichen Planes gegeben haben. Aber damit war das Problem nicht gelöst, sondern nur verschoben. Von dieser Verschiebung waren nun auch die Gemeinden Crombach und Thommen betroffen. Zusätzlicher Widerstand gegen das geplante Projekt sollte sich nun auch in diesen Gemeinden regen. Die Protestwelle schwappte also nun auch auf das deutsche Sprachgebiet über, ohne jedoch in den angrenzenden wallonischen Gemeinden merklich nachzulassen.

„Ein Panzerübungsgelände in den Gemeinden Thommen und Crombach?“

Mittlerweile hatte das Grenz-Echo aber auch von dieser Angelegenheit erfahren. Am 8. Mai 1972 schrieb die Zeitung u.a. diesbezüglich wie folgt: „(...) Der Bürgermeister von Vielsalm hat sich offen für die Niederlassung einer Brigade in Vielsalm ausgesprochen. Als bekannt wurde, man beabsichtige, ein großes Panzerübungsgelände zu schaffen, das auch Teile des ‚Grand Bois‘ erfassen und sich bis zur Ortschaft Hinderhausen der Gemeinde Crombach erstrecken würde, wurde sofort eine Protestliste mit zahlreichen Unterschriften beim Verteidigungsministerium eingereicht². Inzwischen sind die Verhandlungen weiter gediehen und eine vom 27. April dieses Jahres datierte Militärkarte zeigt die Abgrenzung eines Übungsgeländes, das den ‚Grand Bois‘ verschont, jedoch auf Gebiete der Gemeinden Thommen und Crombach übergreift.“

Ergänzend sei jedoch gesagt, dass auch die Gemeinden Beho und Bovigny von dem veränderten Projekt betroffen waren. Das Übungsgelände sollte folglich größtenteils auf das Gebiet anderer Gemeinden verschoben werden - ein Vorhaben, das aber in diesen Gemeinden kaum Befürworter

fand und auf teils erbitterten Widerstand stieß. Gemäß Angaben im Grenz-Echo vom 8. Mai 1972 war für den „*kommen den Mittwoch*“ (10. Mai 1972) in St. Vith eine Besprechung der Bürgermeister- und Schöffenkollegien von St. Vith, Crombach, Thommen, Lommersweiler, Reuland und Recht vorgesehen.

„Panzerübungsplatz: Vorerst nur Gerüchte?“

Unter dieser Überschrift befasste sich das Grenz-Echo am 10. Mai 1972 erneut mit dieser Angelegenheit und erwähnte dabei, dass der Sekretär des Landesverteidigungsministers dem Sonderbeauftragten beim Erstminister, Johann Weynand, gegenüber diese Meldungen als Gerüchte bezeichnet hätte. „(...) Vorerst stehe lediglich fest, dass eine aus der Bundesrepublik zurückkehrende Brigade in die Provinz Luxemburg verlegt werde.“ Kein Grund also zur Aufregung! Aufregung gab es wohl über einen dementsprechenden Artikel einer ausländischen Zeitung. „(...) So berichtete gestern die Aachener Volkszeitung in extrem tendenziöser Form über diese Pläne unter dem Titel ‚Empörung: Kasernen in Wallonien, aber ‚Dreck‘ im deutschen Sprachgebiet‘.“

Auch hier bedarf es einer Ergänzung: Auch Gemeinden aus dem französischen Sprachgebiet wären bei einer Verwirklichung dieses Projektes vom „Dreck“ betroffen und zwischen dem Grenz-Echo und der Aachener Volkszeitung bestand damals bestimmt kein Liebesverhältnis. Wie dem auch sei: Für einige Zeit kehrte Ruhe ein, aber diese Ruhe war trügerisch.

„Bürgermeister nahmen Stellung zu Übungsplatz-Gerüchten“

Über die am 10. Mai abgehaltene Bespre-

- 1 Auch 20 Personen aus Hinderhausen hatten mit unterzeichnet, ebenfalls 140 Auswärtige mit einem zweiten Wohnsitz in der Vielsalmer Gegend.
- 2 Gemäß Grenz-Echo vom 31. Mai 1972 war diese Petition am 21. Januar 1972 beim zuständigen Minister eingereicht worden.

chung im Rathaus von St. Vith berichtete das Grenz-Echo unter obigem Titel am darauffolgenden 12. Mai. Interessant ist dabei nachfolgender Passus aus diesem Zeitungsartikel: *„(...) In der kommenden Woche sind schon Probeübungen vorgesehen. Davon wurden zwar die betroffenen Landwirte benachrichtigt, nicht aber die zuständigen Gemeindeverwaltungen. Erst hatte man, so hieß es, erst einen Platz im Staatswald innerhalb der Gemeinde Vielsalm vorgesehen. Dann glaubte man jedoch, es seien dafür zu große Abholzungen notwendig. Nun muss man sich gleich nach Erlangung dieser Kenntnis die Frage stellen, ob Gemeinde- oder Privatwald und -land weniger wert seien als Staatsgelände. Die Gemeinde Vielsalm ist wohl daran interessiert die Unterkunft zu sichern, aber der dortige Staatsförster ist nicht damit einverstanden, den Truppenübungsplatz in seinem Wald zu haben.“*

Fazit: Den Standort wollte man in Vielsalm schon haben, das dazu erforderliche Übungsgelände sollten aber andere stellen. Stadtsekretär H. Lehnen wurde nun beauftragt, ein Schreiben mit allen Gegenargumenten aufzustellen: *„(...) Dieses Schreiben soll von den Bürgermeistern des Kantons St. Vith, den Präsidenten der Werbeausschüsse und anderen interessierten Personen unterzeichnet und versandt werden an das zuständige Ministerium und eine Reihe anderer Stellen, wie Gesellschaft Naturpark, Bezirk, Provinz, Volksvertreter, Presse, u.a. Man will ebenfalls eine amtliche Demarche beim Verteidigungsminister unternehmen.“*

„Panzerübungsplatz bei Crombach schon abgeschrieben?“

So titelte das Grenz-Echo am 17. Mai 1972. Es berief sich dabei auf eine Meldung der Libre Belgique: *„Die Militärbehörden werden voraussichtlich Anfang Juni ihre Entscheidung über den neuen Standort der aus der Bundesrepublik abgezogenen Panzerbrigade treffen, heißt es in einer Meldung der ‚Libre Belgique‘. Man habe, schreibt die Zeitung, neben Vielsalm, Marche und Neufchâteau auch die Gegend von St. Vith als möglichen Unterbringungsart genannt. Jedoch sei dieser Plan ‚nach einigen Routineuntersuchungen‘ bereits aufgegeben worden. Es scheine jetzt schon sicher zu sein, dass die Gegend von St. Vith (d.h. das Gebiet von Crombach-Thommen) nicht in Frage komme. In der Provinz Luxemburg stelle die Gemeinde von Marche die wenigsten Probleme, zumal dort die Bevölkerung keine ablehnende Haltung einnehme. Diese Gegend habe daher die größten Chancen.“*

Es ist das erste Mal dass „die Gegend von St. Vith“ als „Unterbringungsart“ (Standort) bezeichnet wird. Zwischen Letzterem und einem Panzerübungsgelände eines anderen Standorts besteht schon ein gewisser Unterschied. Unklar ist auch, wo und wann es die von „La Libre“ angeführten „Routineuntersuchungen“ gegeben hat, da die Versuche mit Panzerfahrzeugen erst am 25. Mai stattgefunden hatten.

Für einige Tage war es nun ruhig mit der Berichterstattung über das leidige Thema; dann ging es aber auch Schlag auf Schlag.

„Bauern protestieren gegen Panzerübungsplatz“

Unter dieser Überschrift berichtete das Grenz-Echo am 23. Mai 1972 über eine für den folgenden 25. Mai geplante „große Kundgebung“. *„(...) Die Teilnehmer treffen sich zwischen 10 und 11 Uhr am Bahnhof in Maldingen. Um 11 Uhr wird eine Pressekonferenz gehalten, worauf die Manifestanten mit Traktoren einen Umzug veranstalten, der über Braunlauf, Weisten, Crombach, Hinderhausen, Kapellen nach Commanster führen soll. Wie verlautet, sollen die Luxemburger Provinzbehörden den Umzug auf ihrem Gebiet untersagt haben. Bisher ist dies jedoch nur mündlich mitgeteilt worden: Erfolgt ein schriftliches Verbot, so will man den Umzug auf die Gemeinden Thommen und Crombach beschränken. Andererseits sollen heute im Bahnhof von Gouvy Panzer ankommen, mit denen man das vorgesehene Gebiet testen will.“*

Die Behörden der Nachbarprovinz sahen die vorgesehene Kundgebung also gar nicht gerne und die Libre Belgique war mit ihrer Schlussfolgerung, dass *„dieser Plan nach einigen Routineuntersuchungen bereits aufgegeben worden sei“*, doch etwas voreilig. Die Ankunft der Panzer im Bahnhof von Gouvy deutete jedenfalls nicht auf eine Aufgabe des Projektes hin.

Bauernbund fordert zur Solidarität auf

Am 24. Mai 1972 erschien ein Aufruf des Bauernbundes im Grenz-Echo, worin dieser von seinen Mitgliedern Solidarität mit ihren Berufskollegen in Crombach und Thommen forderte, *„die um ihre Existenz kämpfen. (...) Presse und Rundfunk aus Belgien und Deutschland werden anwesend sein.“*

Obschon von allen Seiten (Verteidigungsminister, Berater beim Erstminister, Presse usw.)

behauptet worden war, dass auf den Weiden und Wiesen der Gemeinden Crombach und Thommen keine Panzerübungen stattfinden würden, wurden die betreffenden Bauern nunmehr ganz kurzfristig aufgefordert, ihr Vieh von den Weiden zu entfernen: die Zäune würden durch eine Arbeitsgruppe geöffnet. (...) Es ist die Absicht, auf Initiative des Vielsalmer Bürgermeisters, in den Gemeinden Crombach, Thommen, Bovigny und Beho ein Panzerübungsgelände zu errichten. 3.000 Hektar Wald- und Ackerland sollen dazu enteignet werden.“

Nur Tests auf Anfrage von Bürgermeister Remacle

Der ostbelgische Abgeordnete W. Schyns hatte in der Zwischenzeit im Verteidigungsministerium vorgesprochen. Dort erfuhr er, *„(...) dass es bei den Übungen dieser Tage nur um Geländetests geht, wie sie auch an fünf anderen Stellen durchgeführt worden sind oder noch durchgeführt werden.“* Die zuständigen Gemeindeverwaltungen seien vorher benachrichtigt worden. Diese Tests würden nicht auf Initiative des Ministeriums selbst, sondern auf Anfrage des Bürgermeisters von Vielsalm, Remacle, vorgenommen, der diese Gelände vorgeschlagen habe.

Wie sich aber nur einen Tag nach dem Erscheinen dieses Artikels im Grenz-Echo herausstellen sollte, wurden diese Tests u.a. auch mit zwei Leopard-Panzern durchgeführt.

„Auch in den luxemburgischen Gemeinden unerwünscht“

Nicht nur in den Gemeinden Crombach und Thommen stieß der Plan zur Anlegung eines Panzerübungsplatzes auf Ablehnung, in den angrenzenden Gemeinden des französischen Sprachgebietes war der Widerstand der Bevölkerung gegen das Vorhaben groß, teils sogar noch größer als in den hiesigen Gemeinden. Besonders Bürgermeister Remacle aus Vielsalm als Befürworter des Projektes bekam dabei sein Fett ab - und dies zuweilen in recht deutlicher Form.

Das Grenz-Echo berichtete am 25. Mai 1972 unter obigem Titel über die dortige Situation. *„(...) Es hat doch von Anbeginn der Geschichte geheißt, die betroffenen Gemeinden der Provinz Luxemburg seien mit dem Übungsplatz einverstanden. Man glaubte fast, die Einwohnerschaft reiße sich um die zwei-*

Der Panzer-Ubungsplatz bei Thommen und Crombach

Auch in luxemburgischen Gemeinden unerwünscht!

St. Vith. — Am Mittwoch nachmittag lud das Wetter wahrhaftig nicht zu einer Spazierfahrt ein — am wenigsten wohl noch in den Wald. Aber bei Rogery, in der Nähe von Bovigny sollten ja die „Leoparden“ und andere schwere Fahrzeuge das Gelände testen. Dieser Test soll u. a. klären, ob der für eine spätere Zukunft vorgesehene Übungsplatz

nach Vielsalm-Crombach verlegt werden kann oder nicht.

Wir hatten uns zwar das Gelände auf einer Generalstabkarte zeigen lassen. Wir haben auch in Rogery mehrfach danach gefragt. Panzer allerdings haben wir keine gefunden.

Wir fanden aber etwas anderes!

Es hat doch von Anbeginn der Geschichte

geheissen, die betroffenen Gemeinden der Provinz Luxemburg seien mit dem Übungsplatz einverstanden. Man glaubte fast, die Einwohnerschaft reisse sich um die zweifelhafte Ehre, einen Übungsplatz für Panzer in unmittelbarer Nähe zu wissen; wir wurden eines besseren belehrt. Für die Panzer scheinen lediglich gewisse Gemeindeverwaltungen zu sein. Demers aber ist vor allen

(GE 25.5.1972)

felhafte Ehre, einen Übungsplatz für Panzer in unmittelbarer Nähe zu wissen; wir wurden eines besseren belehrt. Für die Panzer scheinen lediglich gewisse Gemeindeverantwortliche zu sein. Dagegen ist vor allen Dingen die Jugend; diejenigen also, die als Hauptkräfte in der Landwirtschaft arbeiten. Wer z.B. durch Rogery oder Cierreux fährt, der muss glauben, dass irgendein Volksheld gestorben sei. Überall ist schwarz geflaggt. Oft sogar mit einem weißen Totenkopf mitten drin. Die angeschlagenen Texte sprechen Bände. (...) Aber eines wurde bei unserer Rundfahrt sehr deutlich: die Bauern des deutschsprachigen Teiles dieses fraglichen Geländes werden Schützenhilfe haben in ihrem Streit gegen den Übungsplatz.“ Und so sollte es dann auch kommen.

Protestkundgebung am 25. Mai 1972 in Maldingen

Die Protestkundgebung fand dann am 25. Mai 1972 statt. Auf mehreren Seiten berichtete das Grenz-Echo am Tag darauf unter dem Haupttitel „Panzerübungsplatz bei St. Vith dringlichst unerwünscht“ über deren Verlauf: „(...) Am Donnerstagmorgen ab 10 Uhr sollten sich die Traktoren am alten Bahnhof von Maldingen einfinden. Aber es ging schon ab 9.30 Uhr los. Schließlich waren rund 200 Traktoren und an die 100 Autos da, als schon um 10.20 Uhr die Reden begannen. Auf den Traktoren las man Aufschriften verschiedenster Art. (...) les responsables au poteau - Ostkantone keine Latrine für Remacle.“ Bürgermeister Remacle aus Vielsalm als Befürworter des Projektes wurde also auch hier nicht geschont.

Anwesend bei der Kundgebung waren u.a die Bürgermeister Cremer von Crombach, Schmitz von Thommen und Lemaire von Bellevaux-Ligneuville, die Boerenbond-Inspektoren Cremer und Piette, Herdbuch-Präsident von Frühbuss, UPA-Kantonalpräsident Fort, Provinzialrat Haas, Ex-Senator Dr. Louis, Verantwortliche verschiedener Verkehrsvereine und von Berufsverbänden sowie Vertreter der Gemeinden Beho, Bovigny und Vielsalm (!). Nachdem Bürgermeister Cremer die Teilnehmer eindringlich zur Einhaltung von Ruhe und Ordnung aufgerufen hatte, brachte Bürgermeister Lemaire seine Ablehnung ebenfalls klar zum Ausdruck.

Den gleichen Standpunkt vertrat auch der aus Maldingen stammende Dr. Louis. Dieser erklärte eingehend den Verlauf der Veranstaltung und rief alle Teilnehmer auf „zu würdevoller Haltung und zu einem reibungslosen Verlauf. Wenn einer auf den anderen und alle auf fremdes Eigentum Rücksicht nehmen, sei der Erfolg wohl zu erwarten. Der Umzug der Fahrzeuge gehe etwa rund um das in Frage stehende Gelände. Da nun aber die Soldaten keinerlei Schuld treffe, werde man nicht hineinfahren.“ Dieser Aufruf zu Ruhe und Ordnung war bestimmt nicht unberechtigt, da zur gleichen Zeit Versuche mit Panzerfahrzeugen in dem betreffenden Gelände vorgesehen waren: Die Stimmung hätte also durchaus auch kippen können.

Auch UPA-Planer Happart war anwesend. Dieser erklärte, „dass man sich vor Monats-

frist in Bovigny ebenfalls sehr klar gegen dieses militärische Unternehmen ausgesprochen habe und dies hier eine Fortsetzung sei. Man sei nicht im Krieg und in Friedenszeiten hätten Panzerverbände kein Recht, sich an fremdem Eigentum zu vergreifen. Er stellte auch die Frage, warum man mit dem Truppenübungsplatz Elsenborn nicht auskomme, wo ja meist überhaupt nichts los sei. Er bedauerte schließlich, dass die, die es am meisten angeht, überhaupt nicht gefragt wurden, ob sie mit solchen Plänen einverstanden seien.“

Boerenbond-Inpektor Piette erinnerte an die große Bauernkundgebung in Brüssel vom 23. März 1971 in Brüssel, wo sie „Mansholt die Zähne gezeigt“ hätten - ein Zähnezeigen, das aber am Ende vollkommen außer Kontrolle geriet. „Brüssels Zentrum ein Schlachtfeld nach der Demonstration von 100.000 Bauern“, lautete damals ein Titel im Grenz-Echo vom darauffolgenden Tag.

H. Grandjean als UPA-Kantonalvorsitzender und Mitglied der Mehrheitsfraktion im Gemeinderat von Bovigny ging recht hart mit seinem Bürgermeister ins Gericht. So sei „(...) die Mehrheit des Gemeinderates gegen den Übungsplatz. Aber der Bürgermeister habe eigenmächtig gehandelt und das Unternehmen befürwortet. Er, der Bürgermeister, sei sogar der Ausgangspunkt für all das, was nun die Leute hier und in den wallonischen Gemeinden beschäftige. Der Vielsalmer Bürgermeister sei dabei nur ein Gelegenheits-Verbündeter gewesen.“

(Fortsetzung folgt)

Am Donnerstag: Protestkundgebung in Maldingen

Bauernbund fordert zur Solidarität auf

Wie wir gestern bereits angekündigt haben, wird am morgigen Donnerstag in den Gemeinden Thommen und Crombach eine Protestkundgebung der Bauern gegen eine eventuelle Errichtung eines Panzerübungsplatzes auf dem Gebiet dieser bei den Gemeinden und mehrerer benachbarten Gemeinden der Provinz Luxemburg durchgeführt. Hierzu hat der Belgische Bauernbund folgenden Solidaritätsaufruf erlassen:

meinden eine selbstverständliche Verpflichtung sein.

VERTEIDIGUNGS-MINISTERIUM:

Nur Tests auf Anfrage von Bürgermeister Remacle

Der Abgeordnete Schyns hatte inzwischen nochmals Gelegenheit, im Verteidigungsministerium selbst zu fragen:

(GE 24.5.1972)